

Der Krieg in Tschetschenien und die Reaktionen der rußländischen Regionen

Busygina-Thränert, Irina

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Busygina-Thränert, I. (1995). *Der Krieg in Tschetschenien und die Reaktionen der rußländischen Regionen*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 32/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45551>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Der Krieg in Tschetschenien und die Reaktionen der rußländischen Regionen

Zusammenfassung

Die Reaktionen auf den Krieg in Tschetschenien in den rußländischen Regionen sind im allgemeinen negativ. Dies trifft für die Bevölkerung, aber auch für die regionalen Parlamente zu. Die Position der regionalen Exekutiven ist entweder auch negativ, wie in den Republiken, oder zurückhaltend, wie in den restlichen Gebietseinheiten. Besonders die Republikenfürher versuchen, die Situation im Sinne einer Stärkung der Position der Republiken auszunutzen. Die Gouverneure der Regionen und Gebiete sind in dieser Frage noch nicht so nachdrücklich, wohl da sie, anders als die Republikenfürher, direkt von Präsident Jelzin abhängig sind. Dessen Rückhalt in den Regionen ist durch den Krieg in Tschetschenien stark geschwächt worden, und er versucht daher, sich auch ohne regionale Unterstützung zu behaupten. Insgesamt haben die Ereignisse in Tschetschenien den Prozeß der Föderalisierung Rußlands negativ beeinflußt.

Der Prozeß des Aufbaus föderativer Beziehungen in Rußland ist aus den verschiedensten Gründen sehr kompliziert.¹ Der Krieg in Tschetschenien wirkt auf diesen Prozeß sicherlich zusätzlich erschwerend ein. Die Beziehungen zwischen Moskau und den Regionen sind auf vielen Gebieten noch nicht ausreichend geklärt, und daher war es seitens des Zentrums sehr unklug, zu diesem Zeitpunkt einen Krieg mit einem Föderationssubjekt zu beginnen. Negative Folgen versuchte Moskau durch einen möglichst schnellen Sieg über den tschetschenischen Präsidenten Dudajew zu vermeiden, doch ist diese Strategie gründlich mißlungen.

¹ Vgl. Irina Busygina, *Political Crisis in Russia: The Regional Dimension*, Bonn (Friedrich-Ebert-Stiftung) 1993.

Allgemein reagierten die rußländischen Regionen auf den Krieg nur sehr langsam und mit abnehmender Tendenz, je weiter sie vom Ort des Geschehens entfernt sind. Um das recht bunte Bild etwas zu strukturieren, sollen im Folgenden die Reaktionen der Bevölkerung und der regionalen Behörden (Legislative und Exekutive) getrennt voneinander betrachtet werden, um anschließend die Lage insgesamt zu kommentieren.

Bevölkerung

Relativ schnell wurden in fast allen Regionen Antikriegsausschüsse und Ausschüsse der Soldatenmütter gebildet. Es wurden Kleidung und Geld für die Soldaten gesammelt, humanitäre Hilfe organisiert und Protestmeetings sowie Demonstrationen gegen den Krieg durchgeführt. Darüber hinaus besuchten Soldatenmütter, besonders aus den Regionen Swerdlowsk, Tschuwaschien und dem Fernen Osten, ihre Söhne in Tschetschenien bzw. in den angrenzenden Gebieten.

Alle diese Aktivitäten blieben aufs Ganze gesehen jedoch relativ begrenzt. Es gab keine Massenkundgebungen, die Demonstrationen beschränkten sich häufig auf etwa 500 Teilnehmer. Die frühere Empörung gegen viele Maßnahmen der Zentralregierung macht nunmehr offensichtlich einem Gefühl der Gleichgültigkeit Platz. Politisch wandten sich die Demonstranten gegen den Krieg, ohne jedoch das tschetschenische Regime Dudajews zu unterstützen. Nur zwei Kundgebungen machten dabei eine Ausnahme, die in Naltschik (Kabardino-Balkarische Republik) und in Ufa (Baschkortostan) stattfanden. Beide wurden von der Miliz aufgelöst.

Gemäß den Meinungsumfragen, die in den Regionen durchgeführt wurden, zeigt die Bevölkerung ein starkes Interesse an den Vorgängen in Tschetschenien. Nur etwa 10% der Befragten finden sich in der Kategorie "Ich weiß nicht". Normalerweise hat diese Kategorie bei politischen Umfragen einen Anteil von 25-30%. In den meisten Regionen glauben etwa 70%, daß Dudajew eine Gefahr für Rußland darstellt und die Republik Tschetschenien zu Rußland gehört. Gleichzeitig meinen aber ca. 60%, daß der Konflikt ohne den Einsatz militärischer Mittel hätte gelöst werden sollen.²

Es gibt eine Bewegung, die die Politik Moskaus in Tschetschenien eindeutig unterstützt, und zwar die Kosaken im asiatischen Teil Rußlands. Auf ihrem Treffen in Irkutsk am 6. Februar 1995 riefen die dort versammelten Kosakenführer Präsident Jelzin dazu auf, Kosakentruppen zu formieren, um die territoriale Integrität Rußlands zu verteidigen.³ Außerdem haben sich in Sibirien und im Fernen Osten Rußlands Freiwillige zum Dienst in Tschetschenien verpflichtet. Viele von ihnen sind Arbeitslose.

Regionale Parlamente

Regionale Parlamente (Dumas) verabschiedeten in den meisten Fällen Standardresolutionen zum Tschetschenien-Krieg. In ihnen wurden die unverzügliche Beendigung der militärischen Operationen, die Suche nach einer friedlichen Lösung des Konflikts sowie eine genaue Untersuchung der Ereignisse gefordert. Außerdem sollten die für die Tragödie in Tschetschenien Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

In ihrer Kritik bezüglich des Vorgehens Moskaus beschrieben die Abgeordneten des Gebietes Iwanowo Tschetschenien als eine "Zone der absoluten Mißachtung der Menschenrechte". Der Vorsitzende des Obersten Sowjet der Republik Baschkortostan, I. Djonin, meinte darüber hinaus, es wäre möglich gewe-

² Vgl. Materialien des Analytischen Zentrums beim russischen Präsidenten, Abteilung "Regionalistika" (L. Smirnjagin), Januar-Februar 1995.

³ Die Kosaken des Ussurijsk Regiments in der Region Primorje baten Vizepremierminister Jegorow, sie sofort nach Tschetschenien zu schicken.

sen, den Krieg zu vermeiden, wenn mit Tschetschenien ein ähnlicher bilateraler Vertrag wie zwischen dem Zentrum und Tatarstan bzw. Baschkortostan geschlossen worden wäre.

Die Duma der Region Chabarowsk beschloß, die Unterschrift der Region unter den Vertrag über die gesellschaftliche Eintracht zurückzuziehen. Die Duma des Gebietes Moskau vertrat sogar die Auffassung, die Absetzung des russischen Präsidenten müsse auf die Tagesordnung gesetzt werden.⁴ Praktisch sämtliche regionalen Parlamente empfahlen der Föderalen Versammlung in Moskau zumindest, Präsident Jelzin in seiner Tschetschenien-Politik stärker zu kritisieren. Das Parlament der Republik Tschuwaschien forderte sogar, die Staatsduma solle Vorschläge zur Änderung der russischen Verfassung einbringen mit dem Ziel, den Einsatz föderaler Truppen auf dem Gebiet der Föderation künftig zu verbieten.⁵

Einige regionale Parlamente haben auch konkrete Beschlüsse gefaßt oder äußerten ihre konkrete Betroffenheit. In Tuwa und Karelien wurde beschlossen, keine Angehörigen der Miliz in die Konfliktzone zu schicken. Das Parlament des autonomen Kreises der Nenzen sprach eine für die nordischen Regionen typische Besorgtheit aus. Demnach werde der Wiederaufbau Tschetscheniens große Investitionen erfordern, und es sei daher zu befürchten, daß den nördlichen Regionen die ihnen aus dem föderalen Haushalt zustehenden Mittel gekürzt würden.

Schließlich haben die an Tschetschenien angrenzenden Regionen ihre eigenen speziellen Probleme, die jedoch auch unterschiedlichen Charakters sind. Das Parlament Inguschetiens etwa beeilte sich zu erklären, daß es auf dem Territorium der Republik keine Terroristen und auch keine Stützpunkte zur Vorbereitung terroristischer Aktivitäten gab. Auf diese Weise demonstrierte Inguschetien seine Loyalität mit dem Zentrum. Die Duma der Region Stawropol schickte einen Brief an die föderalen Behörden in Moskau. Die Abgeordneten forderten darin, die Umsiedlung der russischen Bevölkerung Tschetscheniens in die zentralen Regionen Rußlands, den Ural und Sibirien zu beenden, denn dies sehe wie eine Deportation aus. Statt dessen sollten die Flüchtlinge in den an Tschetschenien angrenzenden Regionen angesiedelt werden.

Insgesamt erinnert die Situation an den Herbst 1993, als Präsident Jelzin den damaligen Obersten Sowjet Rußlands auflösen ließ und insbesondere die Republiken dagegen protestierten. Auch jetzt machen die regionalen Parlamente Jelzin Vorwürfe, aber er schenkt dem keine Beachtung. Die Szene gleicht einem absurden Theater: Auf der Bühne werden zwei Monologe gleichzeitig geführt, die unverbunden nebeneinander stehen.

Regionale Exekutiven

Die Exekutiven der Republiken unternahmen nur einen hier erwähnenswerten Schritt: am 5. Januar 1995 fand in Tscheboksary (Tschuwaschien) ein Treffen von sieben Republikenführern statt, und zwar aus Tschuwaschien, Baschkortostan, Karelien, Mordowien, Marie El, Udmurtien und Tatarstan. Sie verurteilten die militärische Operation in Tschetschenien. Darüber hinaus wollten sie die Tatsache ausnutzen, daß sie selbst im Hinblick auf den Krieg "sauber" geblieben waren, da sie am Entscheidungsprozeß nicht beteiligt waren, und versuchten, Präsident Jelzin herauszufordern, indem sie verlangten, die Tätigkeit des Rates der Republikenführer wieder aufzunehmen.⁶ Gleichzeitig forderten die versammelten Republikenführer die Einberufung eines Kongresses der Völker Rußlands. Die Kompetenzen dieser beiden Organe wurden jedoch nicht präzisiert. Moskau reagierte auf diese Initiativen sehr negativ. Dies

⁴ Vgl. Podmoskovnie Izvestija vom 27. Januar 1995.

⁵ Vgl. Bericht der operativen Information "Rußland" vom 7. Februar 1995.

⁶ Vgl. Segodnja vom 6. Januar 1995

brachte insbesondere der Sprecher des Föderationsrates, W. Schumejko, zum Ausdruck.⁷

Die Eliten der Republiken sind auch wegen sehr praktischer Probleme besorgt. So ist Tatarstan sehr unzufrieden damit, daß türkische und dänische Geschäftsleute wegen des Krieges in Tschetschenien geplante Besuche in Kasan aufschoben. Es wird befürchtet, daß Direktinvestitionen ausländischer Firmen nicht wie geplant erfolgen werden.⁸

Von den Gouverneuren der Regionen und Gebiete haben nur W. Tumanow (Pskow), J. Noschikow (Irkutsk) und E. Nasdratenko (Primorje) deutlich die Politik Präsident Jelzins gegenüber Tschetschenien unterstützt. Dabei hat Nasdratenko sogar behauptet, die Staatsduma in Moskau habe den Konflikt absichtlich entfacht mit dem Ziel, Präsident Jelzin abzusetzen. Damit zeige der Parlamentarismus, so Nasdratenko, seine schlimmsten Seiten.⁹

Der Gouverneur des Gebietes Nischnij Nowgorod, B. Nemzov, schlug vor, in Tschetschenien den Posten eines Generalgouverneurs einzuführen. Er meinte, es müsse sich dabei um eine gebildete und geachtete Person handeln, die mit dem Krieg in Tschetschenien nichts zu tun habe. Konkret schlug er General A. Lebed, Kommandeur der in Moldawien stationierten 14. Armee vor, der allerdings gerade für seine autoritären Ansichten bekannt ist.¹⁰

Insgesamt kann festgehalten werden, daß innerhalb der Republiken Exekutive und Legislative meist koordiniert hinsichtlich des Verhaltens des Zentrums in Tschetschenien handelten. Aber in den Regionen und Gebieten ist die Lage weitaus komplizierter. Nach der Auflösung des Obersten Sowjet im September 1993 unterstützten fast alle Gouverneure Präsident Jelzin. Dies ist diesmal anders. Die meisten Gouverneure hüllen sich ganz einfach in Schweigen, denn sie befinden sich in einer schwierigen Lage: Einerseits billigen sie den Krieg in Tschetschenien nicht, andererseits können sie dies nicht offen erklären, weil sie direkt vom Präsidenten abhängig sind. Dies wiederum bietet den Legislativen in den Regionen und Gebieten eine gute Gelegenheit, ihre bis dato schwache Position auszubauen.

Der Krieg in Tschetschenien und der Aufbau föderativer Beziehungen in Rußland

Vor dem Einmarsch der russischen Armee in Tschetschenien war das Jahr 1994 bezüglich des Aufbaus föderativer Beziehungen in Rußland relativ ruhig verlaufen. Die territoriale Integrität des Landes war im Prinzip gesichert. Sicherlich hat der Krieg in Tschetschenien diesen Prozeß nicht völlig unterbrochen, aber er hat ihn auf jeden Fall erheblich erschwert.

Jetzt fürchten die Republiken, insbesondere Tatarstan, daß das Zentrum nach Beendigung des Krieges im Nordkaukasus versuchen könnte, auch die Beziehungen zu den anderen Republiken des Landes zu seinen Gunsten zu verändern. Um diese Besorgnisse zu entkräften, traf sich Präsident Jelzin am 18. Januar 1995 mit dem Präsidenten Tatarstans, M. Schaimiew, und versicherte ihm, daß der am 15. Februar 1994 unterschriebene Vertrag zwischen Rußland und Tatarstan nicht zur Disposition stehe.¹¹ Infolge der Ereignisse in Tschetschenien kommt diesem Vertrag sogar eine noch größere Bedeutung als einem Muster für die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen dem Zentrum und den Subjekten der Föderation zu.¹²

⁷ Vgl. Segodnja vom 31. Januar 1995.

⁸ Vgl. Interview der Nachrichtenagentur Interfax mit dem Außenhandelsminister Tatarstans, S. Arslanow, am 25. Januar 1995.

⁹ Vgl. Vladivostok vom 12. Februar 1995.

¹⁰ Vgl. Bericht der operativen Information "Rußland" vom 19. Februar 1995.

¹¹ Vgl. Segodnja vom 2. Februar 1995.

¹² Tatarstan hat schon Nutzen aus diesem Vertrag gezogen: Kein Soldat der in Tatarstan stationierten Streitkräfte wurde nach Tschetschenien, Inghuschetien oder Nordossetien verlegt.

Insgesamt beurteilen die regionalen Eliten die Ereignisse in Tschetschenien als Fiasko des Zentrums. Niemand hat die Regionen in den Entscheidungsprozeß einbezogen, so daß sich die Regionalführer in der für sie vorteilhaften Lage befinden, hinsichtlich des Blutvergießens "sauber" geblieben zu sein. Daher bietet sich ihnen die Gelegenheit, noch einmal zu versuchen, im Streit um die Kompetenzverteilung zwischen Zentrum und Regionen Moskau zu attackieren. So fordern insbesondere Republikführer, in Zukunft am Entscheidungsprozeß auf nationaler Ebene beteiligt zu werden, und zwar nicht über den Föderationsrat, sondern auf direktem Wege. Das beste Beispiel für diese Entwicklung ist das geschilderte Treffen von Republikführern in Tscheboksary. Dagegen werden Initiativen des Zentrums, wie etwa diejenige von Vizepremierminister Schachraj, der eine "Vergrößerung der Regionen" vorschlug¹³, von den Republikführern entschieden abgelehnt, da sie darin den Versuch der Einschränkung ihrer Rechte sehen.

Sollten sich die Forderungen der Republiken verstetigen bzw. sogar durchsetzen, würde sich Rußland auf den Weg von der Föderation zur Konföderation begeben. Dagegen ist der noch vor zwei Jahren so gefährlich erscheinende Separatismus kein Thema mehr. Jetzt versuchen sich die Regionen vom Zentrum unabhängiger zu machen, ohne aus dem russischen Staatsverband austreten zu wollen. Sie haben verstanden, daß das Zentrum entweder ineffektiv oder gefährlich für sie ist, wenn es versucht, seine Effektivität unter Beweis zu stellen.

Das Schlimmste für Präsident Jelzin besteht darin, daß er mittlerweile nicht nur das Vertrauen der Republikführer, sondern sogar das der von ihm selbst ernannten Gouverneure zu verlieren scheint. Eine offene Konfrontation mit den Gouverneuren wäre ganz sicher schädlich für den gesamten Prozeß des Aufbaus föderativer Beziehungen in Rußland.

Irina Busygina-Thränert

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau.

¹³ Vgl. Segodnja vom 16. Februar 1995.